

DIETER LANGEWIESCHE

## INTERNATIONALE POLITIK, STAATSBILDUNG UND NATIONSBILDUNG IN EUROPA SEIT DEM 19. JAHRHUNDERT

### 1. Konzepte und Fragen

Mit Nationsbildung meint man einen Entwicklungsprozess, in dem die Idee „Nation“ als Leitwert die Gesellschaft durchdringt und die Politik bestimmt. Abgeschlossen ist diese Entwicklung nie, denn neue politische Herausforderungen fordern auch neue Antworten im komplexen Prozess der Nationsbildung. So auch in der Gegenwart. In welche Richtung soll sich die Europäische Union entwickeln, wie will man auf die Migrationsströme reagieren? Beides, Integration in eine suprastaatliche Ordnung und Öffnung für fremdnationale Zuwanderung, ist in den traditionellen Vorstellungen von Nationsbildung nicht vorgesehen. Das wird in den folgenden Abschnitten eingehender erörtert. Zunächst sei nur festgehalten: Nationsbildung ist ein offener Prozess, in dem sich die Nation als eine Ressourcengemeinschaft formiert und auf immer weitere Bereiche der Lebensgestaltung ausgreift. Dieser Prozess geschieht auf unterschiedlichen Ebenen.<sup>1</sup> Drei lassen sich grob unterscheiden.

Erstens die wirtschaftliche Ebene. In etlichen der heutigen Nationalstaaten ging die wirtschaftliche Verklammerung der staatlichen Einheit voraus. Etwa in Deutschland oder in der Schweiz. Eine Automatik von

---

<sup>1</sup> Immer noch vorzüglich dazu KARL W. DEUTSCH, *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, Düsseldorf 1972; englisch: *Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality*, New York 1953. Vgl. JOHN BREUILLY, *Nationalism and the State*, Manchester 1993; DIETER LANGEWIESCHE, *Nation als Ressourcengemeinschaft. Ein generalisierender Vergleich*, in: DERS., *Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa*, München 2008, S. 36–51; englisch: *The Nation as a Developing Resource Community: A Generalizing Comparison*, in: *Comparative and Transnational History. Central European Approaches and New Perspectives*, hg. v. HEINZ-GERHARD HAUPT / JÜRGEN KOCKA, New York / Oxford 2009, S. 133–148.

der staatenübergreifenden Wirtschaftseinheit zum gemeinsamen Nationalstaat gab es in der Vergangenheit nicht. Auch im heutigen Europa scheint das nicht der Fall zu sein. Eine zweite Ebene umfasst das Soziokulturelle. Es geht um ein Bündel von Entwicklungen, die zur Nationalisierung von Lebenswelten und Lebenserfahrungen führten. Und schließlich als dritte Ebene von Nationsbildung: die politische. Sie konnte sich innerhalb bestehender Staaten ereignen, wenn aus überkommenen Fürstenstaaten Nationalstaaten wurden; etwa in Frankreich. Nationalstaaten entstanden aber auch aus Fusion und Sezession bestehender Staaten oder sie lösten sich aus Imperien. Sezession war die Normalität in den meisten Regionen Europas. Wie waren solche Entwicklungen mit Außenpolitik oder internationaler Politik verbunden? Darüber nachzudenken ist die Aufgabe dieses Textes.

Nationsbildung hat immer zwei Stoßrichtungen. Nach innen zielt sie auf gesellschaftliche Homogenisierung, nach außen auf Abgrenzung. Die Außenseite ist unmittelbar mit der internationalen Politik verbunden. Doch auch die Homogenisierung im Innern kann eine Außenseite aufweisen. Dies gilt insbesondere in Zeiten des Krieges.<sup>2</sup> Auf sie konzentriert sich dieser Beitrag aus zwei Gründen:

Erstens, Kriege sind Zeiten nationaler Erregung und deshalb Phasen intensiver Nationsbildung. Und Staatsbildung ging fast immer aus Kriegen hervor. Zweitens, von den drei Zeitfenstern im Konzept dieses Buches beziehen sich zwei auf Kriege; nur das dritte, die Transformation des Sowjetimperiums, ist nicht durch Kriege geprägt, wenngleich es auch hier, regional begrenzt auf das ehemalige Jugoslawien und auf die Ukraine, eine Wiederkehr des Krieges in den Prozessen von Nationsbildung und der Formierung von Nationalstaaten gibt.

Gefragt wird im Folgenden nach den Zusammenhängen von Staatsbildung und Nationsbildung, und welche Bedeutung dabei der internationalen Politik zukam. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem 20. Jahrhundert, aber mit Rückblicken ins 19., um Kontinuität und Diskontinuität einschätzen zu können. Räumlicher Schwerpunkt ist Südost- und Ostmitteleuropa. In diesen Regionen gingen die Nationalstaaten seit dem 19. Jahrhundert aus der Sezession von Imperien und schließlich aus deren Zerstörung hervor. Das unterscheidet diesen Raum vom übrigen Europa. Dieser Kontrast soll als erstes mit wenigen Strichen umrissen werden.

---

<sup>2</sup> Dazu ausführlich und mit der Spezialliteratur, auf die hier generell verwiesen wird, DIETER LANGEWIESCHE, *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

## 2. West-, Mittel- und Nordeuropa – Ostmittel- und Südosteuropa: Kontraste in Staats- und Nationsbildung

Wo im 19. und frühen 20. Jahrhundert im westlichen und nördlichen Europa Nationalstaaten aus territorialen Sezessionen entstanden, wurden keine Imperien zerstört. So als Belgien zum Staat wurde. Die Niederlande besaßen damals zwar weiterhin ein Kolonialimperium, auf das die belgische Trennung jedoch keinen Einfluss ausübte. Als Dänemark 1814 die Union mit Norwegen auflösen musste und als es 1864 die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich verlor, war es längst auf dem Weg, von einem europäischen Imperium mit Übersee-Kolonien zum Nationalstaat zu schrumpfen. Die Gebietsverluste des 19. Jahrhunderts beschleunigten diese Entwicklung, aber sie zerstörten kein Imperium. Auch als Norwegen sich 1905 von Schweden trennte, wurde kein Imperium aufgelöst. Wohl aber endete nun definitiv die Geschichte der schwedischen Großmacht im Norden. In allen diesen Fällen stimmten Staatsbildung und Nationsbildung in etwa überein.<sup>3</sup>

Komplizierter war es im deutschen Mitteleuropa und in Italien.<sup>4</sup> Hier griffen staatliche Fusion und Sezession ineinander. Für den entstehenden deutschen Nationalstaat führte beides, Fusion wie Sezession, zur Auflösung des Deutschen Bundes und damit zum staatlichen Ende dessen, was vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an staatsübergreifenden Bundesstrukturen übrig geblieben war. Wichtig ist zu beachten: Es ging um das staatliche Ende, denn Deutschösterreich wurde zwar kein Teil des deutschen Nationalstaats, doch es schied nicht aus der deutschen Kultur-nation aus. Die staatliche Sezession führte also (noch) nicht in eine getrennte Nationsbildung. An diese kulturnationale Gemeinsamkeit suchte man in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg anzuknüpfen, weil viele meinten, die kleine Republik sei nicht überlebensfähig. Ihre Verfassung sah die Vereinigung mit der deutschen Republik vor. Die alliierten Sieger verboten jedoch den staatlichen Zusammenschluss. 1938 konnten sie das nicht mehr, als Hitler die kulturnationale Bindung, die fortbestand, nutzte, um den sogenannten Anschluss unter großer Zustimmung in der

---

<sup>3</sup> In Belgien blieben die Beziehungen zwischen dem wallonischen und dem flämischen Teil bis heute spannungsreich. In Nordschleswig fand 1920 eine Volksabstimmung statt, nach der die Region zwischen Dänemark und Deutschland geteilt wurde. 1955 trafen beide Staaten Vereinbarungen zugunsten der jeweiligen Minderheit.

<sup>4</sup> Auch hierzu wird auf LANGEWIESCHE, Europas Kriege, und die dort genannte Literatur verwiesen.

Bevölkerung Deutschlands wie Österreichs militärisch zu erzwingen. Die deutsche Nationsbildung setzte sich fort. Doch das Ergebnis war schließlich die Entstehung einer österreichischen Nation. Sie wird von manchen in Österreich bis heute bezweifelt.

Als der deutsche und der italienische Nationalstaat entstanden, kostete die deutsche Einigung die Habsburgermonarchie kein Staatsgebiet, wohl aber die italienische. Die Habsburgermonarchie schrumpfte territorial, überlebte jedoch als ein großes multiethnisches, multinationales Reich, das sich gen Südosten als annexionsfähig erwies (Bosnien, Herzegowina). Doch ihre Verluste an die italienische Nationalbewegung – Lombardei, Venetien, die Sekundogenituren in der Toskana und Modena – und ihr staatliches Ausscheiden aus Deutschland führten nicht nur zum Machtgewinn Ungarns innerhalb der Habsburgermonarchie, sondern stärkten auch die Forderung anderer Nationen nach Autonomie. Autonomie zu verlangen, bedeutete aber bis zum Ersten Weltkrieg in aller Regel noch nicht, staatliche Sezession von Österreich-Ungarn zu fordern.<sup>5</sup>

Nationsbildung ohne Staatsbildung unterschied das habsburgische Mitteleuropa bis zum Ersten Weltkrieg scharf von den osmanischen Gebieten in Südosteuropa. Hier zielten die Prozesse der Nationsbildung im 19. Jahrhundert von vornherein auf den eigenen Staat, also auf Sezession.<sup>6</sup> Und nach dem Ersten Weltkrieg wurde dies auch zur Leitlinie im ehemals habsburgischen Mitteleuropa. Gemeinsam war allen diesen Entwicklungen im Habsburgischen und im Osmanischen Reich, dass die Nationen auf ihren Wegen zum eigenen Nationalstaat auf Hilfe aus der internationalen Politik angewiesen blieben. Kriege zerstörten die Imperien. Die Friedensschlüsse entschieden, welche Staaten aus den Imperien hervorgingen. Diese territoriale Neuordnung war ein Werk der internationalen Politik. Das soll nun genauer betrachtet werden.

### 3. Staats- und Nationsbildung in Südosteuropa und im habsburgischen Mitteleuropa – Paradox der Gegenläufigkeit und seine Folgen

Bis in den Ersten Weltkrieg hinein, also bis zu Beginn des ersten Zeitfensters, war die Nationsbildung in Südost- und Ostmitteleuropa paradox

---

<sup>5</sup> Vgl. insbes. PIETER JUDSON, *The Habsburg Empire. A New History*, Cambridge MA 2016.

<sup>6</sup> Vgl. MARIE-JANINE CALIC, *Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region*, München 2016.

gegenläufig vorangeschritten. Wo die Nationsbildung noch im Fluss war, im Südosten, gab es bereits souveräne Staaten, die sich als Nationalstaaten verstanden, nicht aber dort, wo die Nationen historisch gefestigt waren, im habsburgischen Mitteleuropa. Eine gewisse Ausnahme bildete Ungarn. Nationsbildung und Staatsbildung verliefen also nicht synchron. Um es zuzuspitzen: In Südosteuropa ging die Staatsbildung der Nationsbildung voraus, im gesamten Mitteleuropa war es umgekehrt. Betrachten wir zunächst Südosteuropa und fragen nach Grundlinien im Zusammenspiel von Nations- und Staatsbildung mit der internationalen Politik.

Was hier als Paradox gekennzeichnet wird, führte dazu, dass internationale Politik in Südosteuropa weitaus stärker als in allen anderen Regionen Europas die Nationsbildung beeinflusste. Gemeinsam war allen Staaten, die in Südosteuropa bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs ihre Souveränität erlangt hatten, Hilfe von außen. Unterstützung aus der internationalen Politik war eine notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Staaten, mit denen die Nationsbildungen, deren Anfänge weiter zurückreichten, in ein neues Stadium traten. Erst jetzt konnten Ethnonationen ohne eigenen Staat zu Staatsnationen werden. Staatsbildung und Nationsbildung sind im südöstlichen Europa also nicht von internationaler Politik zu trennen.<sup>7</sup>

Unterstützung durch die internationale Politik bedeutete hier in erster Linie Kriegshilfe. Militärisch und auch diplomatisch waren die europäischen Großmächte an der Staats- und Nationsbildung in Südosteuropa unmittelbar beteiligt. Zunächst Russland, Großbritannien, die Habsburgermonarchie und Frankreich, dann kamen nach den Nationalstaatsgründungen in Deutschland und Italien auch diese Staaten hinzu. Sie alle hofften auf Machtgewinn und die meisten auch auf Beuteanteile im Zerfallsprozess des Osmanischen Reichs.<sup>8</sup> In dessen europäischen Gebieten konnten sich die europäischen Mächte jedoch in ihrer Politik nicht über den Willen der dortigen Nationen zum eigenen Staat hinwegsetzen. Von dieser Regel – Bildung neuer Nationalstaaten durch kriegerische Sezession vom Osmanischen Reich – gab es nur wenige Ausnahmen in Form von Annexionen seitens der Habsburgermonarchie und Russlands: Bosnien, Herzegowina, Bessarabien.

---

<sup>7</sup> Dazu ausführlich ebd. und LANGEWIESCHE, *Europas Kriege*.

<sup>8</sup> Vgl. mit der Spezialliteratur MAURUS REINKOWSKI, *Die Dinge der Ordnung. Eine vergleichende Untersuchung über die osmanische Reformpolitik im 19. Jahrhundert*, München 2005.

Das Verhältnis von internationaler Politik zu Staats- und Nationsbildung lässt sich mithin in Südosteuropa bis zum Ersten Weltkrieg so bestimmen: Ohne Hilfe von außen entstand kein souveräner Staat in der „europäischen Türkei“, doch die europäischen Mächte akzeptierten meist den nationalen Willen zum eigenen Staat, sofern sich eine Nation fähig zum Krieg zeigte. In der internationalen Politik fungierte die Fähigkeit zum Krieg wie ein Machtexamen für die Nationen. „Die Balkanstaaten haben durch ihr siegreiches Bündnis ihre große Einbürgerung in der Völkergesellschaft erworben“, verkündete die französische Zeitung „Le Temps“ am 27. Oktober 1912.<sup>9</sup> Mit „Einbürgerung in die Völkergesellschaft“ Europas umschrieb die Zeitung die Anerkennung des neuen Staates in der internationalen Politik.

Kriege entschieden über die Staatsbildung durch Sezession vom Osmanischen Reich, und sie trieben die Nationsbildung voran. Der Erste Weltkrieg setzte dies fort – man hat ihn mit Blick auf Südosteuropa den dritten Balkankrieg genannt<sup>10</sup> –, und sein Ende erweiterte mit der Zerstörung des Osmanischen und des Habsburgischen Reichs die nationalpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Was bedeutete dies für Südost- und Ostmitteleuropa, wenn wir nach den Zusammenhängen von Staats- und Nationsbildung mit der internationalen Politik suchen?<sup>11</sup> Gefragt wird zunächst nach den Grundlinien der Staatsbildungen, dann nach denen der Nationsbildung.

#### 4. Grundlinien der Staats- und Nationsbildungen in Südost- und Mitteleuropa und die Rolle der internationalen Politik

Staatsbildung in den Territorien der Habsburgermonarchie und des Osmanischen Reichs zielte auf die Zerstörung dieser Reiche. Ohne erfolgreichen Krieg kein neuer Staat. Das 19. Jahrhundert war auf dem Balkan von solchen Kriegen durchzogen, der Erste Weltkrieg bildete darin einen

---

<sup>9</sup> Zitiert nach ANTJE WEBER, Die Balkankriege 1912–1913 und das Ende der „Türkei in Europa“, Diss. Tübingen 2011, S. 98, online: <http://hdl.handle.net/10900/59811> (Zugriff: 09.07.2020): „Les Etats balkaniques, par leur alliance victorieuse, ont conquis leur grande naturalisation la société des nations.“

<sup>10</sup> JOACHIM REMAK, 1914 – The Third Balkan War: Origins Reconsidered, in: The Journal of Modern History 43 (1971), 3, S. 353–366.

<sup>11</sup> Ich verweise generell auf CALIC, Südosteuropa; JOACHIM VON PUTTKAMER, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, und ERIC J. ZÜRCHER, Turkey. A Modern History, London 2017. Dort Informationen zum Forschungsstand.

vorläufigen Schlusspunkt. Die internationale Politik, die oft den Kriegsverlauf und stets das Kriegsergebnis mitbestimmte, gab also den Ausschlag. Dies gilt ebenfalls für Ostmitteleuropa. Ob dort ohne die habsburgische Niederlage im Ersten Weltkrieg Nationalstaaten entstanden wären oder ob es gelungen wäre, Österreich-Ungarn in einen Nationalitätenstaat zu transformieren und er die nationalen Autonomiewünsche befriedigt hätte, können wir nicht wissen. Auch hier entschied die internationale Politik. Sie war es, die das Ende der Habsburgermonarchie erzwang, nicht deren Nationen.

Erst seit dem Ende des Ersten Weltkriegs war Europa ein Kontinent von Nationalstaaten geworden<sup>12</sup> – ein Geschöpf der internationalen Politik, die es ermöglichte, dass Nationsbildung in Staatsbildung überging. Die internationale Politik bestimmte auch die territoriale Gestalt der neuen Nationalstaaten. Das gilt allerdings nur für das habsburgische Gebiet und für jene europäischen Regionen des Osmanischen Reichs, in denen bereits bis zum Vorabend des Weltkriegs souveräne Staaten entstanden waren. Staaten, die weitere Gebiete des untergegangenen Osmanischen Reichs beanspruchten – Griechenland und Italien – oder territoriale Forderungen gegen das Russische Reich hatten – Polen – mussten versuchen, diese Gebiete aus eigener Kraft militärisch zu erobern. Deshalb ging der Erste Weltkrieg in eine Phase der Regionalkriege über.<sup>13</sup> Diese Nachkriegskriege konnten durch die Großmächte nicht mehr gesteuert werden. Hier funktionierten sie nur noch als Beobachter – so im polnisch-russischen Krieg mit dem Frieden von Riga 1921 – oder als Notare, welche die Ergebnisse der Kriege um das künftige Territorium der Türkei auf der Friedenskonferenz von Lausanne 1923 völkerrechtlich beglaubigten.

Mit diesem internationalen Friedensvertrag endete die nationalstaatliche Neugestaltung Europas – ein vorläufiges Ende, denn es hinterließ einen nationalpolitisch unbefriedeten Kontinent.<sup>14</sup> Die Verliererstaaten und die meisten der neuen Staaten suchten nach Möglichkeiten zur territorialen Revision, denn Nationsbildung und Staatsbildung waren trotz der

---

<sup>12</sup> Einen gelungenen Überblick bietet LUTZ RAPHAEL, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 2011.

<sup>13</sup> Als Überblick JÖRN LEONHARD, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, Kap. VII–VIII. Zu den Nachkriegskriegen in der Türkei STEFAN PLAGGENBORG, *Viel Krieg, keine Nation. Die Entstehung der modernen Türkei*, in: *Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation*, hg. v. EWALD FRIE / UTE PLANERT, Tübingen 2016, S. 149–167.

<sup>14</sup> *Territorial Revisionism and the Allies of Germany in the Second World War. Goals, Expectations, Practices*, hg. v. MARINA CATTARUZZA u. a., New York 2013.

Zerstörung von zwei Imperien nicht deckungsgleich geworden. Die meisten der neuen Staaten waren mehrnationale Staaten, die sich aber nicht als Nationalitätenstaaten verstanden, sondern als Nationalstaaten. Alle umfassten fremdnationale Minderheiten, und etliche sahen sich als unvollständige Nationalstaaten, da ein Teil ihrer Nationsgenossen anderen Staaten angehörten. Deshalb entwickelten diese Staaten einen „chronischen Revisionismus“ und ihre Nationen einen ebenso chronischen Irredentismus.<sup>15</sup>

Daraus ging eine Fülle bilateraler Territorialkonflikte hervor, die im Zweiten Weltkrieg eine ungeahnte Dynamik entwickelten. Die internationale Politik bestimmte also weiterhin die Bedingungen für Staats- und Nationsbildung. Dies soll nun auf der Ebene der Nationsbildung betrachtet werden, indem eine zweite Grundlinie im Zusammenspiel von Staat, Nation und internationaler Politik untersucht wird: Nationsbildung und Minderheiten.

## 5. Nationsbildung zu Lasten der Minderheiten und die internationale Politik

Wo Nationen oder Ethnien räumlich zusammenlebten, setzte sich die Multiethnizität bzw. Multinationalität der Imperien in den Nationalstaaten fort, die aus ihnen entstanden.<sup>16</sup> Doch was im Imperium normal war, galt im Nationalstaat als anormal und unerwünscht. Wo zum Zeitpunkt der Staatsbildung bereits feste Nationen existierten, waren in den Außenbeziehungen der neuen Staaten und jener Staaten, die sich vergrößern konnten (Rumänien) oder erhebliche Gebiete verloren (Ungarn, Österreich, Bulgarien), staatlicher Revisionismus und nationaler Irredentismus

---

<sup>15</sup> Die Formulierung „chronischer Revisionismus“ nach: CALIC, Südosteuropa, S. 439.

<sup>16</sup> Ich folge dem Begriff „Ethnie“ und der Abgrenzung zu Nation wie sie Georg Elwert vorgenommen hat (GEORG ELWERT, Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 [1989], 3, S. 440–464): „Ethnische Gruppen/Ethnien sind familienübergreifende und familienerfassende Gruppen, die sich selbst eine (u. U. auch exklusive) kollektive Identität zusprechen. Dabei sind die Zuschreibungskriterien, die Außengrenzen setzen, wandelbar. Sie beanspruchen jedoch Dominanz gegenüber anderen Zuordnungskriterien. Der Begriff der Ethnie [...] ist weiter als der der Nation. Es fehlen der Bezug zu einer Zentralinstanz und das Element exklusiver ‚Staatsbürgerschaft‘.“ (S. 447) Im Begriff „Ethnonation“ wird der Staatsbezug hergestellt. Insofern verengt er sowohl den Begriff der Ethnie wie auch den der Nation. „Ethnonation“ ethnisiert die Kollektivgruppe „Nation“ und nationalisiert das Kollektiv „Ethnie“.



geradezu vorprogrammiert.<sup>17</sup> Mit Blick auf dieses politisch explosive Gemisch von enttäuschten Hoffnungen und gegensätzlichen Zukunftserwartungen in dem staatlich neugeordneten Teil Europas – er erstreckte sich von Deutschland bis an die Grenzen der Sowjetunion und der türkischen Republik – wird nun ausschließlich danach gefragt, was Nationsbildung für Minderheiten bedeutet hat und wie die internationale Politik daran beteiligt war. Es geht darum, Entwicklungslinien seit dem 19. Jahrhundert sichtbar zu machen, die durch die beiden Weltkriege verstärkt wurden und bis in unsere Gegenwart führen.

Als im osmanischen Südosteuropa im 19. Jahrhundert Staaten entstanden, sahen sich viele Menschen gezwungen, sich für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation zu entscheiden, auch wenn sie nicht bzw. noch nicht in nationalen Kategorien dachten. Die wechselseitige Erzeugung nationaler Identitäten, wie man das genannt hat,<sup>18</sup> wurde durch die zahlreichen Kriege auf dem Balkan vorangetrieben. Dass in allen diesen Kriegen nicht versucht wurde, die Zivilbevölkerung von den Kämpfen zu verschonen, steigerte für die Menschen den Zwang zur nationalpolitischen Entscheidung. Krieg und Nationsbildung formten ein Zwangsgehäuse, dem kaum jemand entgehen konnte. Die Religion wirkte dabei als ein Unterscheidungsmerkmal. Sie wurde nationalisiert. Das beschränkte die individuelle Entscheidungsmöglichkeit im Prozess der Nationalisierung. Die Medien machten diese Ereignisse zu einem Thema der internationalen Politik. Dazu ein Beispiel aus den Kriegen, die zur Gründung des griechischen Sezessionsstaates führten.

Als 1822 osmanische Truppen bei der Rückeroberung der Insel Chios ein Massaker unter den Bewohnern verübten und viele als Sklaven verschleppten, berichteten Zeitungen in vielen Staaten, und das Londoner Parlament diskutierte über Möglichkeiten zu intervenieren. Ein Abgeordneter sprach von einer „Nation von Barbaren“, die man als „unverbesserliche Feinde der Christenheit und der Freiheit nach Asien“ zurücktreiben müsse.<sup>19</sup> Wenige Jahre später legte der russische Botschafter in London ein Dokument über das (vermeintliche) osmanische „Barbarisie-

<sup>17</sup> Territorial Revisionism und die Beiträge in diesem Band.

<sup>18</sup> KEITH BROWN, „Wiping out the Bulgarian Race“. Hatred Duty, and National Self-Fashioning in the Second Balkan War, in: Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands, hg. v. OMER BARTOV / ERIC D. WEITZ, Bloomington 2013, S. 298–316.

<sup>19</sup> Zitiert nach DAVIDE RODOGNO, *Against Massacre. Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire, 1815–1914*, Princeton 2012, S. 63. Zum Folgenden mit der Fachliteratur LANGEWIESCHE, *Europas Kriege*, Kap. IV, 2b.

rungsprojekt“ vor: Die gesamte griechische Bevölkerung sei zu versklaven und durch Muslime zu ersetzen. Obwohl die Hohe Pforte ein solches Vorhaben bestritt, wurde der Verdacht ein wirksames Argument für ein vereintes Vorgehen Russlands, Großbritanniens und Frankreichs gegen die osmanische Herrschaft auf dem Balkan. Heute würde man von *Fake News* sprechen. Die Massaker auf beiden Seiten hingegen waren real, und ebenso das, was wir heute „ethnische Säuberung“ nennen: die nationale Homogenisierung eines Territoriums, indem Menschen, die als fremdnationale Minderheit gelten, hier noch gesteigert durch die kulturell fremde Religion, das Land verlassen müssen. In welcher Form, das war situativ unterschiedlich. Die Spannweite reichte von internationalem regeltem Bevölkerungsaustausch über unregelte Vertreibung bis zur systematischen Vernichtung. Das ist inzwischen dicht erforscht.<sup>20</sup> Im Folgenden wird ausschließlich nach den Zusammenhängen zwischen Nationsbildung und internationaler Politik im ehemals osmanischen und habsburgischen Europa gefragt.

Als erstes gilt es festzuhalten, dass die Politik der ethnonationalen Homogenisierung keine Erfindung des 20. Jahrhunderts ist. Die Staatsbildungen in Südosteuropa wurden bereits im 19. Jahrhundert zu einem Testfeld unter internationaler Beteiligung. Das Beispiel Griechenland wurde schon erwähnt. Ein anderes bieten die sogenannten „bulgarischen Greuel“. Als 1876 die Presse darüber berichtete, forderte William E. Gladstone, Oppositionsführer und mehrfacher britischer Premierminister, die Türken müssten mit „Sack und Pack, mit Kind und Kegel“ Bulgarien verlassen. Das wäre die einzig angemessene Reaktion der Europäer im Angesicht der „Leichenberge“, der geschändeten Frauen und Kinder, der „beleidigten und beschämten Kultur“.<sup>21</sup> Um sich Gewissheit zu verschaffen, setzte der Berliner Kongress (1878) eine Untersuchungskommission ein, eine Vorläuferin der berühmten Carnegie-Kommission, die 1913 die beiden Balkankriege untersuchte.

In den Kriegen auf dem Balkan wurden nirgendwo die Minderheiten völlig vertrieben. Doch auf allen Seiten, auch unter den Großmächten, setzte sich die Überzeugung durch, ein vertraglich geregelter „Bevölkerungsaustausch“ sei die beste Lösung des Minderheitenproblems. Diese Politik der ethnisch-nationalen Entmischung zwang im Zeitraum von den

---

<sup>20</sup> Den besten Zugang bietet PHILIPP THER, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa*, Göttingen 2011.

<sup>21</sup> W. E. GLADSTONE, *The Turco-Servian War. Bulgarian Horrors and the Question of the East*, New York / Montreal 1876, S. 38.

Balkankriegen 1912/13 bis zu den Regelungen am Ende des Ersten Weltkriegs mindestens 2,8 Millionen Menschen dazu, ihren Wohnort zu verlassen. Die Mehrzahl von ihnen lebte in Südosteuropa. Es begann eine „Eigendynamik ethnischer Säuberungen“, wie es Philipp Ther genannt hat.<sup>22</sup> Ihre Verrechtlichung durch internationale Verträge erhöhte die Bereitschaft, nationaletnische Einheitlichkeit von Staaten als normal anzusehen. Regelungen zum Schutz von Minderheiten kamen hinzu, doch das Ideal des homogenen Nationalstaates erwies sich als stärker. Wer nicht als Nationsgenosse anerkannt wurde, war einem enormen Druck ausgesetzt. Im Krieg entfielen regelmäßig alle Hemmungen. Der Krieg wurde zum Gewaltmotor auf dem Wege zum Nationalstaat möglichst ohne Minderheiten.

Das europäische Ideal „Eine Nation – Ein Nationalstaat“ wirkte in national-ethnisch gemischten Gebieten verheerend. Doch es versprach jedem, der als zugehörig anerkannt war, Schutz durch diesen Staat. Der Nationalstaat zerstörte für Millionen von Menschen die überkommenen Lebensräume, indem er sie nationalisierte. Doch zugleich bündelten sich in ihm die Hoffnungen auf ein gesichertes Leben derer, die dazu gehörten. Die internationale Politik unterstützte diese Einstellung, obwohl ihre europäischen Hauptmächte – Großbritannien, Russland, die Habsburgermonarchie, Frankreich – multinationale Imperien waren. Mit ihrer territorialen Beute erreichten die Sieger-Imperien Großbritannien und Frankreich (in ihrem Schatten auch Italien und Griechenland) nach dem Ersten Weltkrieg ihre größte Ausdehnung.

Nationsbildung zu Lasten der Minderheiten, so lässt sich diese international gebilligte und geförderte Entwicklungslinie in Südost- und in Mitteleuropa charakterisieren. Das blieb auch so nach dem Ersten Weltkrieg, d. h. im ersten Zeitfenster der Konzeption, die diesem Buch zugrunde liegt. Ob die Minderheitenregelungen, die auf Druck der Siegerstaaten in die Verfassungen der neuen Staaten im ostmitteleuropäischen Raum aufgenommen wurden, langfristig das konfliktträchtige Verhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitsnationen in den Nationalstaaten, die keine waren, entspannt hätte, können wir nicht wissen. Als das nationalsozialistische Deutschland Europa mit Krieg überzog, entstand eine neue Situation. Für die Minderheiten hatte sie katastrophale Folgen. Sie werden nun betrachtet.

---

<sup>22</sup> THER, Die dunkle Seite, Zahl und Zitat S. 69 f.

## 6. Zur Radikalisierung der Politik „ethnischer Säuberung“ – Ethnonationalisierung und die internationale Politik

Philipp Ther unterscheidet im Europa des 20. Jahrhunderts vier Phasen „ethnischer Säuberungen“. Er definiert sie als „Mittel der internationalen Politik“<sup>23</sup>. Sie waren ebenso Mittel zur ethnonationalen Homogenisierung von Gesellschaften und ihren Staaten. Die erste Phase lässt er mit den beiden Balkankriegen 1912/13 beginnen – ich datiere sie ins 19. Jahrhundert zurück – und mit dem Vertrag von Lausanne 1923 enden. Auf der einen Seite haben die internationalen Akteure versucht, die Gewalt in den Bevölkerungsverschiebungen zu bremsen, andererseits haben sie die Erfassung von Minderheiten gesteigert. In Lausanne wurde zwischen Griechen und Türken (im Vertrag: Christen und Muslime)<sup>24</sup> ein kompletter Bevölkerungsaustausch vereinbart. Die betroffenen Menschen wurden nicht gefragt. Optionen gemäß individueller Selbstbestimmung waren nicht vorgesehen. Die Nation war zu einer Zwangsgemeinschaft geworden, über die in internationalen Verträgen verfügt wurde.

Die zweite Phase datiert Ther vom Münchner Abkommen 1938 bis 1944, das heißt der Zeitraum, in dem die deutsche Kriegspolitik die Bedingungen für Minderheitenpolitik grundlegend veränderte, wenngleich die Politik einvernehmlicher zwischenstaatlicher Vereinbarung ebenfalls fortlief. Für diese Kriegsphase werden hier nur wenige Grundlinien festgehalten:<sup>25</sup> Alle Staaten, die damals in der Lage waren, eigenständig zu handeln, suchten die Möglichkeiten, die der Krieg bot, zu nutzen, um sich ihrer Minderheiten zu entledigen. Die Zeit des Minderheitenschutzes war vorbei, überall triumphierte als Zukunftsmodell, das man so schnell wie möglich erreichen wollte: der nationaethnisch homogene Staat. Nur für

---

<sup>23</sup> Ebd., S. 70.

<sup>24</sup> In der Konvention zum Bevölkerungsaustausch von Lausanne wurde vereinbart: „a compulsory exchange of Turkish nationals of the Greek Orthodox religion established in Turkish territory, and of Greek nationals of the Moslem religion established in Greek territory“. Die Konvention ist einzusehen: <http://mbarchives.blogspot.de/2005/11/convention-concerning-exchange-of.html> (Zugriff: 09.07.2020).

<sup>25</sup> Zu den Entwicklungen insbesondere THER, Die dunkle Seite; Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, hg. v. DETLEF BRANDES u. a., Wien 2010; MICHAEL SCHWARTZ, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013; ISTVÁN DEÁK, Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkrieges, Wien 2017; Territorial Revisionism.

die Sowjetunion galt das nicht. Sie blieb ein multinationaler Staat, doch auch hier kam es zu Massendeportationen, die ethnische und auch soziale Homogenisierung von Regionen erzwingen sollten. Im Krieg traf es vor allem alle Nationalitäten, deren Mehrheit außerhalb der Sowjetunion in einem Nationalstaat lebte. In ihnen sah die sowjetische Führung potentielle Helfer für den Feind. Diese Politik war im Prinzip nicht neu. Auch das zaristische Russland und das Osmanische Reich hatten in Kriegszeiten Minderheiten aus den Grenzregionen deportiert. Im Ersten Weltkrieg führte die Deportation von Armeniern innerhalb des Osmanischen Reichs in den Genozid.<sup>26</sup>

Dem Leitbild „Nationsbildung gegen die Minderheiten“ stand im Krieg ein Instrumentarium zur Verfügung, dessen Spannweite von den traditionellen Formen wie Zwang zur Assimilierung und Bevölkerungsaustausch bis zu organisiertem Massenmord und schließlich dem Genozid reichte. Der europäische Genozid an den Juden wurde vom nationalsozialistischen Deutschland in Gang gesetzt und organisiert, doch ohne die Mitwirkung der verbündeten Staaten wäre er nicht möglich gewesen. István Deák hat dies kürzlich mit Blick auf Kollaboration, Widerstand und Vergeltung gesamteuropäisch überzeugend dargelegt. Juden verfügten (ebenso wie die Roma)<sup>27</sup> über keinen Nationalstaat als mögliches Aufnahmeland. Für sie wurde deshalb das europäische Handlungsmodell „Nationalstaat ohne Minderheiten“ zu einem Vernichtungsprogramm, wenn der Weg in ein fremdnationales Aufnahmeland außerhalb des nationalsozialistischen Reiches verschlossen war.

Das quantitative Ausmaß der „Nationalisierung von Nationalstaaten“, um sie ethnisch homogen zu machen, also die Minderheiten zu assimilieren oder auszustoßen, übertraf im nationalsozialistischen Europa alles, was man in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert kannte. Dies gilt auch für die Zwangsgewalt und den Vernichtungswillen der Staaten, die an der nationalen Homogenisierung ihrer Bevölkerung beteiligt waren. Dennoch muss man feststellen: Die Entwicklungslinie, die auf den Nationalstaat ohne fremdnationale Minderheiten zielte, war älter. Sie wurde fortgesetzt. Mit der Zerstörung der multinationalen Reiche der Habsburger und der Osmanen in den Friedensschlüssen des Ersten Weltkriegs wurde sie zur

---

<sup>26</sup> Vgl. TANER AKÇAM, *The Young Turks' Crime Against Humanity. The Armenian Genocide and Ethnic Cleansing in the Ottoman Empire*, Princeton 2012.

<sup>27</sup> Als knappes Resümee PETER STEINBACH, *Der NS-Völkermord an den Sinti und Roma*, in: *Tribüne*, März 2013. Ausführlich MICHAEL ZIMMERMANN, *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“*, Hamburg 1996.

Richtlinie der internationalen Politik in Europa. Dies setzte sich in der dritten Phase fort, die Ther von 1944 bis 1948 datiert. In ihr wurde die europäische Nachkriegsordnung geplant und durchgesetzt. Sie wird hier nicht thematisiert, denn dazu bieten spezielle Beiträge in diesem Buch Einblicke. Es sei nur festgehalten: Die Politik der „ethnischen Säuberung“ wurde fortgeführt, war jedoch „in ihrem Umfang präzedenzlos“.<sup>28</sup> Betroffen waren fast 16 Millionen Menschen in Europa (s. Tabelle 1).

Die damaligen Nationalstaatsbildungen in Südostasien (Indien – Pakistan) und im Nahen Osten (Israel) verursachten ebenfalls enorme Bevölkerungsverschiebungen (s. Tabelle 1). Es war ein internationaler Prozess, der mit der Auflösung von Imperien in Nationalstaaten einherging.<sup>29</sup> In der Dekolonisierung Asiens und Afrikas hat er sich fortgesetzt. Die Entstehung von Nationalstaaten und der Prozess der Nationsbildung verliefen in multiethnischen Regionen nahezu überall gewaltsam. Am wenigsten gewaltsam gelang die Auflösung des multinationalen Sowjetimperiums, während die Zerstörung Jugoslawiens, des letzten multinationalen, multiethnischen Nachfolgerstaates im ehemals habsburgisch-osmanischen Europa, mehr als die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung zwang, ihre Heimat zu verlassen.<sup>30</sup> In dieser vierten Phase „ethnischer Säuberungen“ änderte die internationale Politik jedoch ihren Kurs. Sie verhinderte nicht die Sezession Jugoslawiens in mehrere Staaten, doch ihr Rückkehrprogramm zielte darauf ab, die Multinationalität bzw. Multiethnizität zu bewahren oder wiederherzustellen. Anders gesagt: Die Staatsbildung, die

---

<sup>28</sup> THER, Die dunkle Seite, S. 233.

<sup>29</sup> In der Literatur wird vereinzelt von „imperialen Nationen“ gesprochen. Meist wird damit aber lediglich darauf verwiesen, dass der Nationalstaat, der sich ein Imperium zugelegt hat, aus mehreren Nationen bestand oder die Formierung des Nationalstaats analog zur Imperiumsbildung verlief, also nicht auf Freiwilligkeit beruhend, sondern durch Zwang und Gewalt. Verwiesen wird dann auf die Entwicklung im Vereinigten Königreich, Großbritannien und Nordirland sowie auf Russland und die USA. Vgl. etwa KRISHAN KUMAR, Nation and Empire. English and British National Identity in Comparative Perspective, in: *Theory and Society* 29 (2000), S. 575–608; GABRIEL WINANT, Birth of an Imperial Nation. A new history of 19th-century America captures how the United States was always an empire, in: *The Nation*, 05.01.2017, <https://thenation.com/article/birth-of-an-imperial-nation/> (Zugriff: 09.07.2020); GEOFFREY HOSKING, Russischer Nationalismus vor 1914 und heute. Die Spannung zwischen imperialem und ethnischem Bewusstsein, in: *Die Russen. Nationalbewusstsein in Geschichte und Gegenwart*, hg. v. ANDREAS KAPPELER, Köln 1990, S. 169–183; BYUNG HO LEE, Forging the Imperial Nation. Imperialism, Nationalism, and Ethnic Boundaries in China's Longue Durée, PD University of Michigan 2011, <https://deepblue.lib.umich.edu/handle/2027.42/89783> (Zugriff: 09.07.2020).

<sup>30</sup> Auch hierzu und zu den Konflikten im Kaukasus THER, Die dunkle Seite, Zahlen Kap. 3.4.

man als gewaltsames *fait accompli* völkerrechtlich akzeptierte, sollte nicht durch eine Nationsbildung gegen die angestammten Minderheiten ergänzt werden.

Tabelle 1: „Ethnische Säuberungen“ (chronologisch)<sup>31</sup>

Bevölkerungsgruppen, Gebiete, Zeiträume	Personen
Finnen 1940/44	420.000
Polen aus der Sowjetunion 1940–1941, 1944–1946	2.100.000
Ukrainer aus Polen und innerhalb Polens	650.000
Deutsche aus Ostmitteleuropa 1945–1948	12.000.000
Ungarn aus Jugoslawien, Serben und Kroaten aus Ungarn 1944–1946	80.000
Ungarn aus der Slowakei und innerhalb der Tschechoslowakei 1945–1947	145.000
Slowaken aus Ungarn 1946–1947	70.000
Italiener aus der nordöstlichen Adria-region 1945–1948	250.000
Europa	15.715.000
Inder 1947–1950	12.000.000
Arabische Palästinenser 1948–1949	800.000
Gesamt Einschließlich derer, die bei „Säuberungen“ ums Leben kamen	28.515.000 über 30 Millionen

### 7. Die Europäische Union als Gegenprogramm zum Europa der Ethnonationen? Europäische Migrationspolitik als Gefahr für den Nationalstaat?

Abschließend ein Blick in unsere Gegenwart. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Staaten Europas national homogener als sie es zuvor jemals waren. In Südosteuropa wurde dies mit der Zerstörung des multinationalen Jugoslawiens „nachgeholt“. Damit scheint der lange leidvolle Weg des Europas der Nationalstaaten zu einem Europa der Ethnonationen abge-

<sup>31</sup> Ebd., S. 233 f.

schlossen zu sein.<sup>32</sup> Seit dem Ende des Habsburgischen und des Osmanischen Reichs hatte sich dieser Ethnisierungsprozess der Nation und des Nationalstaats verstärkt und radikalisiert, da er nun in die multinationalen Räume Mittelost- und Südosteuropas ausgriff und dort eine nationaethnische Vereinheitlichung von Territorien erzwang. Die Europäische Union kann man als ein Gegenprogramm verstehen. Sie öffnet die Nationalstaaten innerhalb des europäischen Raums, macht ihre Grenzen für Waren und Menschen durchlässig und ordnet diese neue Offenheit rechtlich und politisch. Innerhalb der EU hat also ein Entwicklungsprozess eingesetzt, der gegenläufig zur Ethnonationalisierung Europas im 20. Jahrhundert verläuft.

Diese innereuropäische Öffnung des Nationalstaats ist politisch gewollt. Jeder Staat, der in die EU eintritt, bekundet sein Einverständnis. Die großen Migrationsströme von außerhalb der EU, die ebenfalls der Ethnonationalität in Europa entgegenwirken, sind hingegen politisch nicht gewollt. Ein europäisches Programm, mit ihnen umzugehen, gibt es nicht. Als angesichts der ungewöhnlich hohen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 (s. Tabelle 2) die Grenzen kurzzeitig geöffnet wurden, ohne diesen humanitären Akt in der EU politisch abgestimmt zu haben, verschärften sich die Konflikte unter den EU-Staaten. Die Einstellungen zur Migration wurden nun innerhalb der Mitgliedsstaaten und zwischen ihnen offen politisiert. Überall in Europa belegen die Wahlen eine erhebliche Verunsicherung in der Bevölkerung über eine Zuwanderung aus nichteuropäischen Räumen, die als kulturell bedrohlich empfunden wird.

Am stärksten ist diese Verunsicherung verständlicherweise in jenen Staaten Europas, die aus multinationalen bzw. multiethnischen Imperien hervorgegangen sind. Ihre nationale Homogenität ist seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in außerordentlich gewaltsamen Prozessen erzwungen worden. An ihnen haben diese Staaten mitgewirkt, doch die großen Entscheidungen fielen in der internationalen Politik. Initiiert und in ihrer Radikalität ermöglicht wurden die Entwicklungen von außen. Verschärfend kommt in der Wahrnehmung vieler hinzu, dass im Zweiten Weltkrieg und heute erneut die deutsche Regierung den Nachbarn ihre Politik aufzwang. Damals als rassistischer Gewaltmotor zur nationaethnischen Homogenisierung, heute als kurzfristiger Öffner der europäischen Grenzen im Dienst der Humanität. Mit letzterem werde, so befürchten offensichtlich viele Menschen, in der europäischen Politik ein Programm

---

<sup>32</sup> Zur Abgrenzung von Nation und Ethnie ELWERT, Nationalismus und Ethnizität.



aufgelegt, das die leidvoll erreichte Homogenität des Nationalstaats gefährde. Ein Programm, das den Betroffenen mit Mehrheitsentscheidungen in der EU aufgenötigt werde, sogar gegen den Willen der nationalstaatlichen Regierungen und Parlamentsmehrheiten. Also erneut auferlegt von außen; diesmal nicht aus der internationalen Politik, sondern aus der europäischen.

Tabelle 2: Asyl-Erstanträge in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten 2015–16<sup>33</sup>

Staaten	Personen	Prozent
EU 28 Staaten insgesamt	2.463.150	100,0
Deutschland	1.164.065	47,3
Italien	204.430	8,3
Ungarn	202.650	8,2
Frankreich	147.360	5,9
Griechenland	61.245	2,5
Bulgarien	39.155	1,6
Finnland	37.425	1,5
Polen	20.035	0,8
Rumänien	3.080	0,13
Tschechische Republik	2.435	0,10
Kroatien	2.290	0,09
Slowenien	1.525	0,06
Litauen	690	0,03
Lettland	675	0,03
Estland	375	0,02
Slowakei	370	0,02

Auch wenn die Zahl der Migranten, die in den ostmittel- und südost-europäischen EU-Staaten Asylanträge stellen, noch gering ist (s. Tabelle 2), wird es politisch nicht hilfreich sein, die in der historischen Erfahrung der Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts verwurzelten Befürch-

---

<sup>33</sup> MARCUS ENGLER, Viel Bewegung in der Krise, aber wenig Fortschritt? Europäische Flüchtlingspolitik seit 2015, in: Bundeszentrale für Politische Bildung, [http://bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Engler\\_EU-Fluechtlingspolitik\\_2018.pdf](http://bpb.de/system/files/dokument_pdf/Engler_EU-Fluechtlingspolitik_2018.pdf) (Zugriff: 09.07.2020).

tungen, kulturell überfremdet zu werden, als unbegründet beiseite zu schieben, indem man sie als populistisch uneinsichtig abwertet und zu delegitimieren sucht.

Die Ethnonationalisierung europäischer Staaten ist das Ergebnis einer Geschichte, die von der internationalen Politik über alle politischen Zäsuren hinweg maßgeblich geprägt worden ist. Nirgendwo hat sie die Lebenswelt der Menschen so massiv verändert wie in den Nachfolgerstaaten von Imperien in Ostmittel- und Südosteuropa, nirgendwo hat sie so viele Opfer gekostet. Dass dort dieses Geschichtserbe am stärksten verteidigt wird, kann nicht überraschen. Doch nicht nur in diesen Regionen, sondern im gesamten Raum der EU gilt – die Nationsbildung ist wieder offen. Wie sie verlaufen sollte, ist innerhalb der EU und in den Mitgliedsstaaten umstritten. Konflikte zwischen innen und außen sind vorprogrammiert.